

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts in Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats in Bischofswerda und der Gemeindefürer des Bezirks. Dieses Blatt, im Bezirk. Erscheint seit 1846.



Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neutros, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — — — — — Wöchentliches Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntag-Unterhaltungsblatt. Fernsprecher 2.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. **Abgabe** jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der **Bezug** ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei **Abholung** in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.—, bei **Zustellung** ins Haus monatlich Mk. 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.— ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — **Gemeinde-** **verbandsgeldkasse** Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 90 Pfg., drückliche Anzeigen 60 Pfg. Im **Beilagen** (Zm. Maße 15) 180 Pfg., die gespaltene Zeile bei **Wiederholungen** nach feststehenden Sätzen. — **Druckliche Anzeigen** die gespaltene Zeile 120 Pfg. — Für bestimmte Tage oder **Wochen** wird keine Gewähr geleistet. — **Erfüllungsort** Bischofswerda.

Nr. 169

Freitag, den 23. Juli 1920.

74. Jahrgang.

Deutschland und Sowjetrußland.

Die letzten Erfolge der Bolschewisten im Nordabschnitt der polnisch-russischen Front haben die Heere Sowjetrußlands in eine verhältnismäßig geringe Nähe von den deutschen Grenzen gebracht. Die Russen stehen augenblicklich etwa bei Orany, haben weiter südlich mit überraschender Schnelligkeit den Eisenbahnknotenpunkt Liba und auch Grodno genommen. Nach Verlust des Njemenabschnittes ist die nächste Linie, in der sich die Polen festsetzen können, der Bent-Bodr-Narew-Abschnitt. Er stößt bei Grajewo an Ostpreußen und gibt die ganze Grenze von Wirballen bis Grajewo den Bolschewisten frei. Von Grodno aus bis Grajewo beträgt die Entfernung aber nur 75 Kilometer. Sie kann bei einer weiteren durchschnittlichen Tagesleistung von 20 Kilometer in wenigen Tagen zurückgelegt sein.

Es ist daher wohl an der Zeit, daß wir uns mit dieser Tatsache eingehend beschäftigen, uns über unsere Haltung gegenüber in allen nur möglichen Fällen und in allen Einzelheiten klar werden und so bald wie möglich — denn Zeit ist nicht mehr zu verlieren — entsprechende Maßnahmen treffen.

Von ausschlaggebender Bedeutung hierfür ist die Frage, ob die Bolschewisten an der Grenze Ostpreußens halt machen und die deutsche Grenze respektieren oder ob sie über sie hinweg in Ostpreußen eindringen werden. Sie läßt sich schwer beantworten, eine gewisse Handhabe bietet aber das Verhalten Sowjetrußlands in Litauen im Norden und Rumänien im Süden gegenüber. Obwohl besonders bei Litauen die Versuchung eines Einmarsches für Sowjetrußland groß und bei der militärischen Schwäche Litauens auch ohne jedes Opfer kampfslos zu erreichen war, haben es die roten Armeen doch ängstlich vermieden, litauisches Gebiet zu betreten. Sie haben vielmehr in jeder Weise die Neutralität geachtet und die Sowjetregierung hat sich in dem mit Litauen eben abgeschlossenen Friedensvertrage ausdrücklich verpflichtet, die in Litauen bestehende Staatsform anzuerkennen, und nichts Feindliches gegen sie zu unternehmen.

Eine weitere Frage ist nur, ob der Einmarsch der Bolschewisten durch Ostpreußen für diese, wenn sie den Krieg gegen Polen fortsetzen und bis zum Ende durchzuführen wollen, nicht eine militärische Notwendigkeit ist. Sie kann, nach der augenblicklichen Lage beurteilt, ohne weiteres verneint werden. In dem Augenblick, wo die roten Armeen die ostpreussische Grenze erreichen, ist Polen moralisch und militärisch soweit zusammengebrochen, daß Sowjetrußland seine militärischen Ziele als erreicht ansehen kann.

Von verschiedenen Seiten ist weiter der Einwurf gemacht worden, ob es der Sowjetregierung überhaupt möglich sein wird, die roten Truppen von einem Überschreiten der deutschen Grenze zurückzuhalten, ob nicht Verpflegungsschwierigkeiten diese dazu zwingen werden und ob die Disziplin in der roten Armee ausreichen wird, um zu verhindern, daß umfangreiche Banden auf alle Fälle die deutsche Grenze überschreiten und zerstörend vordringen werden. Auch das läßt sich nichts Bestimmtes voraussagen, immerhin geben auch hier die bisherige Führung der Operationen und das Verhalten der roten Truppen in Litauen und in diesem Falle besonders Rumänien gegenüber bis zum gewissen Grade eine Handhabe. Der bisherige Verlauf der Operationen beweist, daß die rote Oberste Führung ihre Truppen in der Hand hat, und daß in dieser Ordnung herrschen muß. In Rumänien ist die Anziehung der im ganzen Süden schon am ärgsten wieder in Stand gekommenen Landwirtschaft jenseits des Dniestr für den Appetit der Roten Armee zum mindesten ebenso verführerisch als in Ostpreußen. Sie ist ihm nicht gefolgt, auch nicht als polnische Truppen über die rumänische Grenze abgedrängt wurden.

Dazu kommt die Frage, ob der Einmarsch in Deutschland tatsächlich in den Absichten und Interessen der Rostauer Regierung liegt und liegen kann. Gewiß schwebt großen Teilen des bolschewistischen Rußlands noch immer das Ziel der Ausbreitung der Weltrevolution vor und an ihrer Spitze steht der Doktrinär Lenin. Demgegenüber bricht sich jedoch auch mehr die Erkenntnis Bahn, daß die Wiederaufrichtung Rußlands zunächst unbedingte Notwendigkeit ist, und daß diese nur im Anschluß an Deutschland zu erreichen ist. Selbst Lenin mußte zu Beginn der Operationen an der polnischen Front zugeben, daß die Hebung der russischen Industrie und des russischen Handels nur mit Hilfe der deutschen Intelligenz durch die Revolution vernichtet sei.

Bedeutungsvoller aber sind Maßnahmen und Äußerungen der Sowjetregierung aus der letzten Zeit, die klar beweisen, daß diese den wirtschaftlichen Wert einer unmittelbaren Berührung mit Deutschland zu schätzen weiß. In dem litauischen Friedensvertrage forderte Rußland ausdrücklich das Recht des freien Transitverkehrs durch Litauen nach Deutschland. Die „Prawda“ schrieb vor einigen Tagen mit Bezug auf die Friedensfrage mit Polen wie folgt:

„Wir befinden uns mit dem Volkstommiar der auswärtigen Angelegenheiten Litauens in vollkommener Übereinstimmung über die Notwendigkeit, zum Zwecke der Wiederaufrichtung Rußlands eine gemeinsame Grenze mit Deutschland zu haben. Die Offensive gegen Polen wird erst ihr Ende finden, wenn dieses Ergebnis erreicht sein wird.“

Die „Prawda“ ist das amtliche Organ der Rostauer Regierung, und die Bedeutung dieser Äußerung, wenn sie richtig wiedergegeben ist, liegt auf der Hand. Sie bildet vielleicht den Schlüssel für das Problem der Bedrohung unserer Grenzen durch die russische Heere und unsere Stellungnahme dazu. Die nun erfolgte Neutralitätserklärung der deutschen Regierung muß daher als unbedingt wichtig angesehen werden. Sie muß aber durch sofortige direkte Verhandlungen mit Rußland ergänzt werden. Wir stellen uns dabei am besten auf den Standpunkt des litauischen Friedensvertrages, dessen erster Artikel lautet:

„Die beiden Vertragschließenden verpflichten sich feierlichst, die gegenseitige Staatsform anzuerkennen und zu achten, die Bildung feinerer, dem anderen feindlich gesinnten Organisationen auf ihrem Boden zu dulden und nichts zu unternehmen, was von dem anderen nur irgendwie als feindlicher Akt gegen die bestehende Staatsform gedeutet werden könnte.“

Nur unmittelbare Verhandlungen können uns die notwendige Klarheit verschaffen. Sie sind auch als Einleitung wirtschaftlicher Beziehungen unerlässlich. Noch steht nicht aus unsere ganze auswärtige Politik unter dem Vorzeichen der Entente. Wir dürfen nicht ununterbrochen wie erstarrt nur nach Westen blicken, sondern müssen unsere Souveränitätsrechte selbständiger Politik unbedingt wahren und ausüben. Wir erwarten aber, daß sowohl Rußland wie Polen diese unsere Neutralität achten und unsere Grenzen respektieren werden. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß wir jede Verletzung unserer Neutralität, gleichviel von welcher Seite sie kommt, mit allen verfügbaren Mitteln abwehren werden. Auf keinen Fall dürfen wir die Hand dazu bieten, daß Deutschland das Schlachtfeld für die polnisch-bolschewistischen Kämpfe oder gar für das Eingreifen der Entente wird. Daher ist es für ein neutrales Deutschland selbstverständlich, daß es jedes Ansuchen auf Durchmarsch oder Transport von Ententetruppen ablehnen muß, dessen Gewährung den Bolschewisten Grund für den Einmarsch sein könnte. Die anrückenden russischen Heere haben heute nicht nur das bolschewistische Rußland hinter sich; sie kämpfen, gewollt oder nicht, für bleibende russische Ziele. Wir dürfen nichts tun, was die deutsch-russischen Beziehungen, unsern einzigen Gegentropf gegen die Bergewaltigung der Weltmächte, für alle Zukunft vergiften müßte. Weder Drohungen noch Lockungen der Entente dürfen uns von diesem Standpunkt abbringen.

Berlin, 22. Juli. (W. I. B.) In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten besprach der sozialdemokratische Abgeordnete Bernstein auch das Vordringen der Bolschewisten in Polen und wies darauf hin, daß nach Beendigung des Krieges sich mordende Banden bilden könnten, die die Sicherheit der deutschen Grenzbevölkerung gefährden würden. Die daher rechtzeitig geschützt werden müsse. Der Minister des Äußeren Simons erwiderte, daß in der Tat die bolschewistische Armee nur wenige Lagemärsche von der deutschen Grenze entfernt sei. Für den Schutz der Grenzbevölkerung seien bereits sorgfältige Maßnahmen getroffen worden.

Englands Antwort an Sowjetrußland

London, 21. Juli. (Fig. Drahtbericht.) Das **Reuterische** Büro meldet: In der englischen Antwort auf die Note der Sowjetregierung wird vorausgesetzt, daß diese bereit sei, Frieden zu schließen. Am 20. Juli einwirkte die **Unfähigkeit** der Sowjetregierung zu prüfen, daß die Polen **angeboten** worden, selbst um einen Waffenstillstand zu erlangen. Wenn die Sowjetregierung nicht bereit ist, Frieden zu schließen, so

werden die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland eingestellt werden.

Vorläufig wird die russische Mission, die sich augenblicklich in Kiew befindet, nicht nach England weitergehen.

Amsterdam, 21. Juli. (W. I. B.) Daily-News schreibt zur englischen Antwortnote an Sowjet-Rußland: Die englische Note macht es kund, daß England nicht eingreift, um Polen irgend etwas über seine Unabhängigkeit innerhalb seiner Grenzen hinaus zu verschaffen. Aber wenn die Bolschewisten in Polen eindringen, so würde die Lage von Grund aus geändert sein. Alle Parteien in Polen würden sich zur Verteidigung der Grenzen zusammenschließen. Sie würden die besten Offiziere Westeuropas, sehr wahrscheinlich einschließlich des Marshalls Foch selbst, zur Verfügung haben. Was die Munition angeht, so ist ganz Ostdeutschland mit Geschützen und Munitionslagern voll gestopft (? D. R.), die nach dem Vertrag an die Alliierten geliefert werden müssen. Von diesen Schießvorräten wird nichts in polnische Hände gelangen, außer wenn Sowjet-Rußland in Polen einfällt. Wenn das geschieht, dann wird die Gesamtheit dieser Kriegsvorräte sofort zur Verfügung stehen.

Daily Express sagt: Die englische Antwortnote erklärt, daß es unmöglich ist, die Verhandlungen über den Handelsverkehr mit Rußland fortzusetzen, wenn die Sowjet-Truppen in Polen eindringen. Krassin ist daher verständigt worden, daß es besser sei, wenn er seine Abreise nach England solange aufschübe, bis die Stellung der Sowjet-Regierung zweifelsfrei festgestellt worden sei.

Frankfurt, 21. Juli. (W. I. B.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Stockholm meldet, sind umfangreiche Ausbesserungsarbeiten und Neubauten in der russischen Ostflotte in Angriff genommen worden.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten über Spa.

Berlin, 21. Juli. (W. I. B.) Heute vormittag fand unter der Leitung des Reichskanzlers eine Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder statt, die der Aussprache der Beschlüsse von Spa galt. Der Reichskanzler eröffnete die Besprechung mit einer Begrüßung der erschienenen Herren und erteilte sodann dem Reichsminister des Auswärtigen das Wort zur Berichterstattung. An den Vortrag des Ministers des Auswärtigen Dr. Simons schlossen sich Darlegungen des Reichswehrministers Geiler über die militärische Frage und des Reichsministers des Innern Koch über die technischen Fragen der Entwaffnung. Der Berichterstattung folgte eine mehrstündige Aussprache. Dabei kam von den verschiedensten Seiten Sorge über die schweren militärischen Bedingungen zum Ausdruck, die uns von der Entente angelegt sind. Unserer schwierigen politischen Lage auferlegt worden sind. Ebenso wurden die Lasten des Kohlenabkommens für unsere Arbeiterchaft und für unsere Industrie sehr ernst beurteilt. Gleichwohl wurde anerkannt, daß die Delegation in Spa nicht in der Lage war, andere Ergebnisse zu erzielen. Es wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß alles daran gesetzt werden müsse, den Verpflichtungen des Abkommens gerecht zu werden. Außer den Mitgliedern des Reichstags nahmen an der Konferenz u. a. teil der sächsische Ministerpräsident Buch und der sächsische Gesandte Dr. Koch.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

hielt am Dienstag abend unter Vorsitz des Abg. Dr. Stresemann eine Sitzung ab, in der zunächst Minister Dr. Simons über die Verhandlungen in Spa berichtete. Seine Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit denen, die er, wie wir gestern berichteten, vor Vertretern der Presse gemacht hat. Nach ihm sprach der Abg. Bernstein (Sozialdemokrat) seine Rede brachte im wesentlichen eine Zustimmung zu der Haltung unserer Delegation. Darüber hinaus trat Bernstein für möglichst baldige Umwandlung der Sicherheitspolizei ein und betonte die Notwendigkeit, für die Bergarbeiter besonders zu sorgen. Dafür empfahl er die baldige Sozialisierung der Bergwerke lebhaft. Diese Forderung unterstrich Abg. Ledebour (U. S.). Dieser befürwortete gemäß der Auffassung seiner Partei die schnelle Beilegung der Reichswehr. Gegen Rittmann trat dann noch der Abg. Helfferich (Deutschnat.) das Wort. Er kritisierte vornehmlich die militärische Seite unserer Konzeptionen in Spa und bezeichnete die Entwaffnung als nicht durchführbar. Dann vertagte sich der Ausschuß auf Mittwoch nachmittags 5 Uhr. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Beurteilung der Arbeit unserer Delegation, bei selbstverständlicher Kritik an

ing.
Gemeinden
brunn
Montag,
werden und
I.
ndorf
brunn M.
vorkelbst ein-
stermin be-
n Gemeinde-
ing
happlich
ote erbittet
pplig.
ing
urkan soll
4 Uhr,
gitet werden.
annt gegeben.
inberat.
elschwere
spferd)
ut Demitz.
L
Garantie alle
n
ar bequemste,
kein Pfand
geräten und
Friedensware
Abholung
schenke
ababeth
idel.
und Be-
versin zu
ein Pohl
schen darge-
Gewalt
ing